

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Erster Teil: Einführung und Begriffsklärungen	25
A. Einleitung und rechtliche Fragestellungen	25
B. Gang der Arbeit	29
C. Begrifflichkeiten	30
I. Der Begriff des Bevölkerungsschutzes	30
II. Der Begriff des Katastrophenschutzes	32
III. Der Begriff des Zivilschutzes	44
IV. Weitere zum Bevölkerungsschutz zu zählende Begriffe	46
V. Zusammenfassung zu Inhalt und Abgrenzung des Begriffs Bevölkerungsschutz	51
Zweiter Teil: Der Rechtsrahmen	53
A. Der völkerrechtliche Rahmen für den Bevölkerungsschutz (inklusive des Rechts des Europarates)	53
I. Die Ausstrahlung des Humanitären Völkerrechts auf den Zivilschutz	53
II. Die Bedeutung des Völkerrechts und Rechts des Europarates für den Katastrophenschutz	57
B. Der Bevölkerungsschutz im Lichte des Rechts der Europäischen Union	60
I. Vorgaben durch das Primärrecht	60
II. Sekundärrechtliche Bestimmungen	62
III. Zwischenfazit zum unionsrechtlichen Rahmen	70
C. Der verfassungsrechtliche Rahmen für den Bevölkerungsschutz	70
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	71
II. Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen	73
III. Die Verteilung der Finanzlasten und finanzverfassungsrechtliche Ausnahmebestimmungen	75

IV. Die Ausstrahlung der Grundrechte auf den Bevölkerungsschutz	81
V. Die organisationsrechtliche Ausgangslage nach der Verfassung	88
VI. Landesverfassungsrechtliche Bestimmungen zum Katastrophenschutz	97
VII. Zusammenfassung zum verfassungsrechtlichen Rahmen	97
D. Der einfachrechtliche Rahmen von Zivilschutz und Katastrophenschutz	98
I. Bundesrechtliche Regelungen	98
II. Landesrechtliche Regelungen am Beispiel Nordrhein-Westfalens	105
III. Zusammenfassung zum einfachrechtlichen Rahmen	113
E. Die Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen nach dem einfachrechtlichen Rahmen	113
I. Aufgaben des Bundes	114
II. Die Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen	116
III. Die Aufgaben der Kommunen	122
IV. Zusammenfassung zu den Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen aus dem einfachrechtlichen Rahmen	132
F. Die Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz durch den einfachgesetzlichen Rahmen	132
I. Die Rechtslage	132
II. Die politische Zielrichtung der Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz	134
III. Grundgesetzliche Zulässigkeit der Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz	137
G. Zwischenfazit zum nationalen Rechtsrahmen für den Bevölkerungsschutz	144
Dritter Teil: Akteure und Organisationen im Bevölkerungsschutz	147
A. Die Akteure und Organisationen des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen	147
I. Die gemeindlichen Feuerwehren	148
II. Die Werk- und die Betriebsfeuerwehren	181
III. Die anerkannten Hilfsorganisationen	187

IV. Die Regieeinheiten der Kreise und kreisfreien Städte	224
B. Die Akteure und Organisationen des Zivilschutzes	226
I. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	226
II. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	228
III. Außerdem mit Zivilschutz und Katastrophenhilfe befasste Bundesbehörden	243
C. Zusammenfassung zu den Akteuren und Organisationen im Bevölkerungsschutz	248
Vierter Teil: Ehrenamtliches Personal im Bevölkerungsschutz	251
A. Ehrenamt: Begriffliches und Typusmerkmale	251
I. Das Ehrenamt im Recht	252
II. Öffentliche und private Ehrenämter	253
B. Das Ehrenamt im Katastrophenschutz	253
I. Das Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren	253
II. Das Ehrenamt in den Pflichtfeuerwehren	269
III. Ehrenämter in Werkfeuerwehren und Betriebsfeuerwehren?	272
IV. Das Ehrenamt in den anerkannten Hilfsorganisationen	272
V. Das Ehrenamt in den Regieeinheiten der Kreise und kreisfreien Städte	277
C. Das Ehrenamt im Zivilschutz	278
I. Das Ehrenamt im THW	278
II. Das Ehrenamt im Zivilschutz aus der Bundesauftragsverwaltung	291
D. Übersicht der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ehrenamtlichen Rechtsverhältnisse im Bevölkerungsschutz	291
E. Übergreifende Frage- und Problemstellungen zum Recht des ehrenamtlichen Personals	293
I. Ehrenämter im Bevölkerungsschutz im Lichte des Art. 33 GG	294
II. Vereinbarkeit des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses eigener Art mit den Grundrechten des Personals	312
III. Fragen zur Freistellung von Arbeits- und Dienstpflichten	318

IV. Zur Abgrenzung von ehrenamtlicher Tätigkeit und Arbeitnehmerverhältnis	330
V. Das ehrenamtliche Personal im unionalen Katastrophenschutzverfahren	346
VI. Zur Unterscheidung des ehrenamtlichen Personals im Bevölkerungsschutz von sog. Spontanhelfenden	353
Fünfter Teil: Fazit und Schluss	359
A. Zusammenfassende Schlussbemerkungen	359
B. Leitsätze aus der Untersuchung	364
Literaturverzeichnis	371
Verzeichnis behördlicher und anderer institutioneller Veröffentlichungen	389
Verzeichnis der zitierten Gesetze, Verordnungen und Verfügungen mit Außenwirkung	399
Bundesrecht	399
Landesrecht	404
Abkürzungsverzeichnis mit Erläuterungen	411

# Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Einführung und Begriffsklärungen	25
A. Einleitung und rechtliche Fragestellungen	25
B. Gang der Arbeit	29
C. Begrifflichkeiten	30
I. Der Begriff des Bevölkerungsschutzes	30
II. Der Begriff des Katastrophenschutzes	32
1. Die Katastrophe – eine landesrechtliche Begriffskategorie	32
2. Der Schutz vor Katastrophen	35
3. Abgrenzung des Katastrophenschutzes von nahestehenden Begriffen und Rechtsgebieten	37
a) Abgrenzung von der Katastrophenvermeidung	38
b) Abgrenzung vom Rettungsdienstrecht	38
c) Abgrenzung zu Polizei- und anderem Ordnungsrecht	40
4. Katastrophenbegriffe im Grundgesetz und Abgrenzung zum „Staatsnotstand“	40
5. Zusammenfassendes Ergebnis zum Begriff Katastrophenschutz	43
III. Der Begriff des Zivilschutzes	44
IV. Weitere zum Bevölkerungsschutz zu zählende Begriffe	46
1. Der unionsrechtliche Katastrophenschutzbegriff	46
2. Der Begriff der Katastrophenhilfe	48
3. Großschadensereignis/ Großschadenslage und Großeinsatzlage	49
V. Zusammenfassung zu Inhalt und Abgrenzung des Begriffs Bevölkerungsschutz	51
Zweiter Teil: Der Rechtsrahmen	53
A. Der völkerrechtliche Rahmen für den Bevölkerungsschutz (inklusive des Rechts des Europarates)	53
I. Die Ausstrahlung des Humanitären Völkerrechts auf den Zivilschutz	53
	11

II. Die Bedeutung des Völkerrechts und Rechts des Europarates für den Katastrophenschutz	57
B. Der Bevölkerungsschutz im Lichte des Rechts der Europäischen Union	60
I. Vorgaben durch das Primärrecht	60
II. Sekundärrechtliche Bestimmungen	62
1. Das Katastrophenschutzverfahren der Union	62
2. Rechtliche Bewertung der gegenwärtigen Bestimmungen des Katastrophenschutzverfahrens der Union	66
3. Die Seveso-III-Richtlinie	69
III. Zwischenfazit zum unionsrechtlichen Rahmen	70
C. Der verfassungsrechtliche Rahmen für den Bevölkerungsschutz	70
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	71
1. Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Katastrophenschutzes	71
2. Die Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Zivilschutzes	72
II. Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen	73
1. Die Verwaltungskompetenz im Bereich des Katastrophenschutzes	73
2. Die Verwaltungskompetenz im Bereich des Zivilschutzes	73
III. Die Verteilung der Finanzlasten und finanzverfassungsrechtliche Ausnahmebestimmungen	75
1. Zur Verteilung der Finanzlasten	76
2. Die finanzverfassungsrechtlichen Ausnahmebestimmungen	77
a) Die Katastrophen- oder Notsituations-Tatbestände	77
b) Die Rechtsfolgen der finanzverfassungsrechtlichen Ausnahmebestimmungen	79
c) Die finanzverfassungsrechtlichen Ausnahmebestimmungen im Lichte des Bevölkerungsschutzes	80
IV. Die Ausstrahlung der Grundrechte auf den Bevölkerungsschutz	81
1. Abwehrrechtliche Dimensionen	82

2. Objektiv-rechtliche Dimensionen	85
V. Die organisationsrechtliche Ausgangslage nach der Verfassung	88
1. Bundesstaatliches Zusammenwirken nach Art. 35 GG	88
a) Der Regelungsgehalt von Art. 35 Abs. 2 S. 2 und Abs. 3 S. 1 GG	89
b) (Begrenzte) Gesetzgebungskompetenz aus Art. 35 GG?	91
2. Die weitere organisationsrechtliche Ausgangslage nach der Verfassung	93
VI. Landesverfassungsrechtliche Bestimmungen zum Katastrophenschutz	97
VII. Zusammenfassung zum verfassungsrechtlichen Rahmen	97
D. Der einfachrechtliche Rahmen von Zivilschutz und Katastrophenschutz	98
I. Bundesrechtliche Regelungen	98
1. Das ZSKG im Überblick	99
2. Die noch in Kraft befindlichen Vorgaben des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes	100
3. Das BBK-Gesetz	102
4. Das THW-Gesetz	102
5. Das Verhältnis des Infektionsschutzgesetzes des Bundes zum Katastrophenschutzrecht und zum Zivilschutzrecht	103
II. Landesrechtliche Regelungen am Beispiel Nordrhein-Westfalens	105
1. Das BHKG NW	105
2. Das Rettungsgesetz NW	107
3. Kurzreferenz auf katastrophenschutzrechtliche Regelungssysteme anderer Länder	108
a) Systematik der Regelungswerke der Länder zum Katastrophenschutz	109
b) Gemeinsamkeiten und Unterschiede des BHKG NW im Verhältnis zu den Regelungen anderer Länder	109
aa) Gemeinsamkeiten in den Regelungen der Länder	110
bb) Unterschiede des BHKG NW zu Regelungen anderer Länder	112

c) Zusammenfassung zu den Regelungssystemen anderer Länder	113
III. Zusammenfassung zum einfachrechtlichen Rahmen	113
E. Die Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen nach dem einfachrechtlichen Rahmen	113
I. Aufgaben des Bundes	114
1. Die Aufgaben des Bundes nach dem ZSKG	114
2. Die Aufgaben des Bundes nach dem THW-Gesetz	116
II. Die Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen	116
1. Aufgaben des Landes nach dem ZSKG	116
2. Aufgaben des Landes nach dem BHKG NW	118
a) Derzeitige Landesaufgaben nach dem BHKG NW	119
b) Absichten zur Novellierung der Landesaufgaben aus dem BHKG NW	121
III. Die Aufgaben der Kommunen	122
1. Aufgaben der Kommunen nach dem ZSKG	122
2. Aufgaben der Kommunen nach dem BHKG NW	124
a) Aufgaben der Gemeinden nach dem BHKG NW	125
aa) Pflichtige gemeindliche Betätigungsfelder	126
bb) Gesetzliche Organisationsvorgaben für die Feuerwehren	127
b) Aufgaben der Kreise nach dem BHKG NW	129
aa) Die Kreise als Aufgabenträger für den Katastrophenschutz	129
bb) Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden und weitere Aufgaben	130
c) Zusammenfassung zu den Aufgaben der Kommunen aus dem BHKG NW	131
IV. Zusammenfassung zu den Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen aus dem einfachrechtlichen Rahmen	132
F. Die Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz durch den einfachgesetzlichen Rahmen	132
I. Die Rechtslage	132
1. Ergänzende Ausstattung und Ausbildung des Katastrophenschutzes durch den Bund	133
2. Das Zurverfügungstellen von Zivilschutzmitteln für den Katastrophenschutz	133



II. Die politische Zielrichtung der Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz	134
1. Politische Entwicklungslinie von der „Neuen Strategie zum Schutze der Bevölkerung“ bis zum Zivilschutzgesetzänderungsgesetz	134
2. Praktischer Nutzen der Verzahnung	136
III. Grundgesetzliche Zulässigkeit der Verzahnung von Zivilschutz und Katastrophenschutz	137
1. Verfassungsrechtliche Problemstellungen	137
2. Lösungsvorschläge der Literatur	139
a) Vorschläge zu einem Bevölkerungsschutz „aus einer Hand“	140
b) Katastrophenschutz als grundgesetzliche Gemeinschaftsaufgabe	141
c) Einfügung einer Unterstützungs- und Ergänzungskompetenz für den Bund	141
3. Stellungnahme	142
G. Zwischenfazit zum nationalen Rechtsrahmen für den Bevölkerungsschutz	144
Dritter Teil: Akteure und Organisationen im Bevölkerungsschutz	147
A. Die Akteure und Organisationen des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen	147
I. Die gemeindlichen Feuerwehren	148
1. Verfasstheit und Organisation der gemeindlichen Feuerwehren	148
a) Ursprünge und Entwicklung des Rechts zum Feuerwehrwesen Nordrhein-Westfalens	149
aa) Der Beginn eines organisierten, flächendeckenden Feuerwehrwesens	149
bb) Das Feuerwehrwesen in der Zwischenkriegszeit bis 1933	150
cc) Das Feuerwehrwesen während der NS-Zeit	151
dd) Die Entwicklung des Feuerwehrwesens in Nordrhein-Westfalen ab 1946	153
(a) Das Landesfeuerwehrgesetz von 1948	153

(b)	Die Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetze ab 1958 bis zum BHKG NW 2016	154
(c)	Inkrafttreten des BHKG NW im Jahr 2016 bis heute	156
(d)	Entwicklung der Dachverbände der Feuerwehrverbände in Nordrhein-Westfalen	157
b)	Die Arten von öffentlichen Feuerwehren nach dem BHKG NW	158
aa)	Berufsfeuerwehren	158
bb)	Freiwillige Feuerwehren	159
(a)	Die gemeindliche Pflicht zur Unterhaltung einer Freiwilligen Feuerwehr	160
(b)	Rechtsstatus der Angehörigen Freiwilliger Feuerwehren	161
(c)	Die Leitung der Freiwilligen Feuerwehr	161
(d)	Die Vorgaben des BHKG NW zur Innenorganisation Freiwilliger Feuerwehren	162
(aa)	Die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr	163
(bb)	Andere Formen der Mitwirkung zur Erfüllung der Aufgaben der Feuerwehr nach dem BHKG NW	164
(cc)	Die Jugendfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehren	165
(dd)	Die Kinderfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehren	166
(e)	Die Landesverordnung Freiwillige Feuerwehr und die Ehrenabteilung	168
(f)	Hauptamtliche Kräfte in Freiwilligen Feuerwehren	170
(g)	Zusammenfassung zur Darstellung der Freiwilligen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen	173
cc)	Pflichtfeuerwehren	174
(a)	Zur Pflichtfeuerwehr heranziehbarer Personenkreis	175
(b)	Rechtlicher Status der Angehörigen der Pflichtfeuerwehr	176

c) Die Unterstützung und Beaufsichtigung der Feuerwehren kreisangehöriger Gemeinden durch den Kreis	177
aa) Unterstützung der gemeindlichen Feuerwehren durch den Kreis	178
bb) Aufsicht des Landrats über die kreisangehörigen Gemeinden nach dem BHKG NW	179
2. Zusammenfassung zu den Erkenntnissen über die gemeindlichen Feuerwehren	180
II. Die Werk- und die Betriebsfeuerwehren	181
1. Die Werkfeuerwehren	181
2. Die Betriebsfeuerwehren	182
3. Dogmatische Einordnung des Verhältnisses der betrieblichen Feuerwehren zum Staat	184
4. Die Rolle der betrieblichen Feuerwehren in Zivilschutz und Katastrophenschutz	185
III. Die anerkannten Hilfsorganisationen	187
1. Zum Begriff der anerkannten Hilfsorganisationen	187
2. Voraussetzungen für den Status als anerkannte Hilfsorganisation und die Mitwirkung in der Gefahrenabwehr	188
a) Status als anerkannte Hilfsorganisation	188
b) Eignung zur Mitwirkung im Einzelfall	189
c) Übersicht über das zweistufige Verfahren	190
d) Rechtsanspruch auf die Zulassung zur Mitwirkung?	190
3. Rechtsfolgen aus dem Status als anerkannte und mitwirkende Hilfsorganisation	192
a) Einsätze, Übungen und Aus- und Fortbildungen	192
b) Hilfe im Rahmen der gegenseitigen und landesweiten Hilfe	193
c) Hilfe im Zivilschutz	193
d) Unterstützung der Selbsthilfe der Bevölkerung	194
e) Status als Verwaltungshelfer	194
f) Rechtsbeziehung der Mitglieder zu Gemeinde und Kreis	196
g) Kosten der anerkannten Hilfsorganisationen aus den pflichtigen Tätigkeiten	197

4. Allgemeine Verfasstheit und Innenorganisation der Hilfsorganisationen	198
a) Organisation als Vereine und Verbände	198
b) Konstitution als private, nicht-staatliche Organisationen	200
5. Das Personal der Hilfsorganisationen	201
a) Grundsätzliche Autonomie in der Ausgestaltung des Statusrechts	201
b) Verschiedene Formen der Mitgliedschaft in einer Hilfsorganisation	201
c) Einflüsse des Vereins- und des Steuerrechts	203
d) Ehrenamtliche Mitwirkung in einer Hilfsorganisation	204
e) Unterscheidung der Hilfsorganisationen von den von ihnen getragenen Gesellschaften	204
6. Durchführung des Rettungsdienstes durch anerkannte Hilfsorganisationen	205
7. Vorstellung der anerkannten Hilfsorganisationen im Einzelnen	207
a) Der Arbeiter-Samariter-Bund	207
aa) Geschichte und Selbstverständnis des ASB	207
bb) Organisationsstruktur und Kräfte des ASB im Katastrophenschutz	208
b) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	209
aa) Geschichte und Selbstverständnis der DLRG	209
bb) Organisation und Betätigungsfelder der DLRG	210
c) Das Deutsche Rote Kreuz	212
aa) Geschichte und Selbstverständnis des DRK	212
bb) Organisation und Betätigungsfelder des DRK	215
d) Die Johanniter-Unfall-Hilfe	216
aa) Geschichte und Selbstverständnis der JUH	216
bb) Organisation und Betätigungsfelder der JUH	217
e) Der Malteser Hilfsdienst	218
aa) Geschichte und Selbstverständnis des MHD	218
bb) Organisation und Betätigungsfelder des MHD	219
8. Einsatzformationen der anerkannten Hilfsorganisationen	220

9. Zusammenfassung der Erkenntnisse zu den anerkannten Hilfsorganisationen	223
IV. Die Regieeinheiten der Kreise und kreisfreien Städte	224
B. Die Akteure und Organisationen des Zivilschutzes	226
I. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe	226
II. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	228
1. Die historische Entwicklung des THW	229
2. Die Verfasstheit und Organisation des THW	231
3. Die Aufgaben des THW	232
a) Unterstützungsleistung auf Ersuchen oder Anforderung	233
b) Das THW im Zivilschutz	234
c) Unterstützung durch das THW im Ausland (internationale Katastrophenhilfe)	235
d) Unterstützung bei Katastrophen und ähnlichen Lagen (nationale Katastrophenhilfe)	236
aa) Verfassungsrechtliche Fragestellungen	236
bb) Konturen einer verfassungsrechtlichen Anpassung	239
e) Vereinbarungen über Unterstützungsleistungen und Maßnahmen	240
f) Sonstige Aufgaben des THW	241
4. Das Personal des THW	242
a) Personalrechtliche Vorgaben aus dem THW-Gesetz	242
b) Ergänzende personalrechtliche Vorgaben	243
III. Außerdem mit Zivilschutz und Katastrophenhilfe befasste Bundesbehörden	243
1. Die Bundespolizei in Zivilschutz und Katastrophenhilfe	244
2. Die Bundeswehr in Zivilschutz und Katastrophenhilfe	245
3. Das Verhältnis des Robert Koch-Instituts zu Zivilschutz und Katastrophenhilfe	247
C. Zusammenfassung zu den Akteuren und Organisationen im Bevölkerungsschutz	248

Vierter Teil: Ehrenamtliches Personal im Bevölkerungsschutz	251
A. Ehrenamt: Begriffliches und Typusmerkmale	251
I. Das Ehrenamt im Recht	252
II. Öffentliche und private Ehrenämter	253
B. Das Ehrenamt im Katastrophenschutz	253
I. Das Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren	253
1. Aussagegehalt der Regelungen des BHKG NW zum Ehrenamt	254
a) Vorgaben zum Ehrenamt aus § 9 BHKG NW	254
b) Vorgaben zum Ehrenamt aus den §§ 20–22 BHKG NW	255
aa) Freistellung für den Dienst in der Feuerwehr	255
bb) Lohnfortzahlung und Ersatz von Verdienstausschlag	256
cc) Auslagenersatz und Entschädigung	258
c) Ehrenbeamte im Feuerwehrdienst	259
2. Das Dienstrecht ehrenamtlicher Feuerwehrangehöriger nach der Landesverordnung Freiwillige Feuerwehr	261
a) Zuständigkeiten des Leiters der Feuerwehr als Vorgesetztem	261
b) Vorgaben zu weiteren Dienstpflichten	262
c) Das Disziplinarverfahren nach der Landesverordnung Freiwillige Feuerwehr	263
d) Dienstgrade, Beförderungen und Funktionen	265
e) Ausscheiden und weitere dienstrechtliche Bestimmungen	266
3. Charakteristika des Ehrenamts in den Freiwilligen Feuerwehren	268
II. Das Ehrenamt in den Pflichtfeuerwehren	269
III. Ehrenämter in Werkfeuerwehren und Betriebsfeuerwehren?	272
IV. Das Ehrenamt in den anerkannten Hilfsorganisationen	272
1. Aussagegehalt aus den privatrechtlichen Mitgliedschaftsbeziehungen	273
2. Aussagegehalt der Regelungen des BHKG NW zum Helferrecht	274

3. Ausschluss der Ehrenamtlichkeit eines Arbeitsverhältnisses zu einer Hilfsorganisation	276
V. Das Ehrenamt in den Regieeinheiten der Kreise und kreisfreien Städte	277
C. Das Ehrenamt im Zivilschutz	278
I. Das Ehrenamt im THW	278
1. Aussagegehalt der Regelungen des THW-Gesetzes zum Ehrenamt	278
a) Allgemeine personalrechtliche Vorgaben durch das THW-Gesetz	279
b) Ausgleichsansprüche und soziale Sicherung	279
c) Soziale Sicherung im Ausland und Auslandsverwendungszuschlag	282
d) Sonstige Bestimmungen aus dem THW-Gesetz zum Ehrenamt	283
2. Das Dienstrecht der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer	283
a) Vorgaben aus der THW-Mitwirkungsverordnung	283
b) Die THW-Auslandsunfallfürsorgeverordnung	286
c) Vorgaben aus der THW-Mitwirkungsrichtlinie und der THW-Mitgestaltungsrichtlinie	287
3. Charakteristika des Ehrenamts im THW	290
II. Das Ehrenamt im Zivilschutz aus der Bundesauftragsverwaltung	291
D. Übersicht der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ehrenamtlichen Rechtsverhältnisse im Bevölkerungsschutz	291
E. Übergreifende Frage- und Problemstellungen zum Recht des ehrenamtlichen Personals	293
I. Ehrenämter im Bevölkerungsschutz im Lichte des Art. 33 GG	294
1. Zur Vereinbarkeit der Ehrenämter im Bevölkerungsschutz mit Art. 33 Abs. 4 GG	294
a) Der Funktionsvorbehalt für das Berufsbeamtentum aus Art. 33 Abs. 4 GG	294
b) Zur Vereinbarkeit der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse eigener Art mit Art. 33 Abs. 4 GG	296
aa) Blick auf die Einsatzkräfte allgemein	296

bb)	Blick auf die Einsatzkraft, die die Einsatzleitung innehat	299
(a)	Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse durch die Einsatzleitung	300
(b)	Zulässigkeit einer Ausnahme von der Regel des Art. 33 Abs. 4 GG	302
c)	Zur Vereinbarkeit der Einbindung der Helfer der anerkannten Hilfsorganisationen mit Art. 33 Abs. 4 GG	306
2.	Zur Vereinbarkeit der Ehrenämter im Bevölkerungsschutz mit Art. 33 Abs. 5 GG	309
3.	Zusammenfassung zur Vereinbarkeit mit Art. 33 GG	310
II.	Vereinbarkeit des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses eigener Art mit den Grundrechten des Personals	312
1.	Anwendbarkeit der Grundrechte im dienstlichen Bereich	312
2.	Grundrechtseingriffe gegenüber dem ehrenamtlichen Personal	313
3.	Zur Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe	314
4.	Zur Berücksichtigung des Vorbehalts des Gesetzes	316
III.	Fragen zur Freistellung von Arbeits- und Dienstpflichten	318
1.	Grundrechtseingriff gegenüber privaten Arbeitnehmern	319
2.	Zur Rechtfertigung der Eingriffe in die Berufsfreiheit der Arbeitgeber	319
3.	Zur Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgebots bei den Freistellungsregelungen	322
4.	Zur Bestimmtheit der Freistellungsregelungen	323
5.	Zusammenfassung zu den Freistellungen von Arbeits- und Dienstpflichten	326
6.	Blick auf Freistungssituation nach dem Recht anderer Länder	327
IV.	Zur Abgrenzung von ehrenamtlicher Tätigkeit und Arbeitnehmerverhältnis	330
1.	Unanwendbarkeit des Mindestlohngesetzes auf das ehrenamtliche Personal	331
2.	Unanwendbarkeit des Arbeitszeitgesetzes auf das ehrenamtliche Personal	331



3. Unanwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes auf das ehrenamtliche Personal	332
4. Einordnung von Zuwendungen an das ehrenamtliche Personal	332
a) Einordnung von Auslagen- und Schadensersatz	334
b) Einordnung von Aufwandsentschädigungen	334
c) Unzulässigkeit allgemeiner, regelmäßiger Zahlungen	336
d) Lösungswege zur Abgrenzung zwischen Aufwandsentschädigung und Vergütung	337
aa) Aufwandsentschädigung bis zur Grenze von § 3 Nr. 26a und Nr. 12 EStG	337
bb) Festlegung von Höchstgrenzen durch Rechtsverordnung	338
e) Blick auf Aufwandsentschädigungen nach dem Recht anderer Länder	339
aa) Angemessenheit hoher Aufwandsentschädigungen	340
bb) Friktionen aus den Regelungen in Sachsen-Anhalt und Bayern	341
f) Personalentwicklung durch umfassende Ausstattung	343
g) Fazit zur Einordnung von Zuwendungen	344
V. Das ehrenamtliche Personal im unionalen Katastrophenschutzverfahren	346
1. Gesetzlicher Rahmen für die Mitwirkung Nordrhein-Westfalens im unionalen Katastrophenschutzverfahren	346
a) Zuständigkeiten und Organisation im unionalen Katastrophenschutzverfahren	347
b) Recht für die Einsatzdurchführung im unionalen Katastrophenschutzverfahren	348
2. Rechtlicher Status des ehrenamtlichen Personals des Katastrophenschutzes im unionalen Katastrophenschutzverfahren	349
3. Gesetzlicher Rahmen der Mitwirkung des THW im unionalen Katastrophenschutzverfahren	350
4. Rechtlicher Status des ehrenamtlichen Personals des THW im unionalen Katastrophenschutzverfahren	351
5. Fazit zur Rolle des ehrenamtlichen Personals im unionalen Katastrophenschutzverfahren	352

VI. Zur Unterscheidung des ehrenamtlichen Personals im Bevölkerungsschutz von sog. Spontanhelfenden	353
1. Bedeutung hinter dem Begriff Spontanhelfende	354
2. Rechtliche Einordnung Spontanhelfender	355
3. Abgrenzung von Spontanhelfenden zu ehrenamtlichem Personal	356
Fünfter Teil: Fazit und Schluss	359
A. Zusammenfassende Schlussbemerkungen	359
B. Leitsätze aus der Untersuchung	364
Literaturverzeichnis	371
Verzeichnis behördlicher und anderer institutioneller Veröffentlichungen	389
Verzeichnis der zitierten Gesetze, Verordnungen und Verfügungen mit Außenwirkung	399
Bundesrecht	399
Landesrecht	404
Abkürzungsverzeichnis mit Erläuterungen	411